

## 130430-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Reinigungsdienste – Offenes Verfahren (EU-weit) zur Vergabe von Dienstleistungen Dachrinnenreinigung und Dachflächenreinigung für 15 Liegenschaften in Karlsruhe, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Direktion Freiburg (Vergabenummer VOEK 417-24)

OJ S 41/2025 27/02/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

E-Mail: [verdingung@bundesimmobilien.de](mailto:verdingung@bundesimmobilien.de)

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Offenes Verfahren (EU-weit) zur Vergabe von Dienstleistungen Dachrinnenreinigung und Dachflächenreinigung für 15 Liegenschaften in Karlsruhe, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Direktion Freiburg (Vergabenummer VOEK 417-24)

Beschreibung: a) Grundleistungen: 1. Reinigung der Dachentwässerung: - Reinigung der Dachrinnen; - Reinigung der Fallrohre inkl. Laubfangsiebe, Fallrohrabläufe, Sinkkästen, Bodensiebe, Kehleinläufe und Dacheinläufe; - Reinigung der Dachflächen. 2. Inspektion der Dächer. 3. Fachgerechte Entsorgung von Laub/Unrat. b) Bedarfsleistungen: 1. Austausch der Laubfangsiebe.

-----  
Angaben zur Bebauung: 1. WE 138014 Bei der Liegenschaft handelt es sich um ein ca. 2.200 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befindet sich ein Gebäude auf dem Gelände. Hinweis: Die WE 138014 teilt sich das insgesamt 5.709 m<sup>2</sup> große Grundstück mit zwei weiteren Gebäuden anderer Nutzungseinheiten, die nicht Vertragsgegenstand sind. 2. WE 138015 Bei der Liegenschaft handelt es sich um drei Gebäude auf dem Areal des Behördenzentrums „ehemalige Grenadierkaserne“/ Moltkestr. 60-84 in Karlsruhe: - Bürogebäude Moltkestr. 72: Landeskriminalamt/ GER - Funkwerkstatt Moltkestr. 72 a: Zollfahndungsamt - Garagengebäude Freydorfstr. 9/ Ecke Grenadierstraße 3. WE 138019 Bei der Liegenschaft handelt es sich um 4.233 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befindet sich zwei Gebäude auf dem Gelände. 4. WE 138023 Bei der Liegenschaft handelt es sich um 996 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befindet sich ein Gebäude auf dem Gelände. 5. WE 138024 Die Liegenschaft besteht aus zwei aneinander gebauten denkmalgeschützten Sandsteingebäuden und einem Garagengebäude auf einem umzäunten Grundstück in der Südstadt von Karlsruhe. 6. WE 138884 Bei der Liegenschaft handelt es sich um 6.400 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befinden sich zwei Gebäude auf dem Gelände. 7. WE 140891 Bei der Liegenschaft handelt es sich um 2.143 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befinden sich zwei Gebäude auf dem Gelände. 8. WE 141621 Bei der Liegenschaft handelt es sich um 53.094 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befinden sich 20 Gebäude auf dem Gelände. 9. WE 142796 Auf der Liegenschaft befinden sich zwei

voneinander unabhängige Nutzer: Zum einen der Bundesgerichtshof und zum anderen die Bundespolizei. 10. WE 144550 Bei der Liegenschaft handelt es sich um ein ca. 3.150 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befinden sich zwei Gebäude auf dem Gelände; ein Bürogebäude und eine Fahrzeughalle. 11. WE 145543 Auf der Liegenschaft befindet sich die Generalbundesanwaltschaft mit einem Hauptgebäude, einem Mauergebäude und einer Tiefgarage im Untergeschoss. 12. WE 150007 Die Liegenschaft des ehemaligen Zollfahndungsamtes in Karlsruhe wurde in den 1890er Jahren erbaut und hat eine Netto-Grundfläche von insgesamt 3.986 m<sup>2</sup>. Bei der Liegenschaft handelt es sich um 1.797 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befindet sich ein Gebäude auf dem Gelände.  
Kennung des Verfahrens: 962faafe-01f1-4c4e-ada6-d80578ef990b  
Interne Kennung: VOEK 417-24  
Verfahrensart: Offenes Verfahren  
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

### **2.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen  
Haupteinstufung (cpv): 90910000 Reinigungsdienste

### **2.1.2. Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)  
Land: Deutschland  
Zusätzliche Informationen: WE 138014; ITZ Bund Karlsruhe, Moltkestraße 152, 76187 Karlsruhe WE 138015; Bürogebäude Landeskriminalamt/ GER, Moltkestr. 72, 76133 Karlsruhe WE 138015; Funkwerkstatt, Moltkestr. 72 a, 76133 Karlsruhe WE 138015; Garangengebäude, Freydorfstr. 9, 76133 Karlsruhe WE 138019; BImA NSt. Karlsruhe, Tennesseeallee 2 – 4 , 76149 Karlsruhe WE 138023; Bundesanstalt für Wasserbau, Moltkestr. 150, 76187 Karlsruhe WE 138024; Bürogebäude Alt- u. Neubau und Garage, Rüppurer Str. 3 + 3a , 76137 Karlsruhe WE 140891; Bundesanstalt für Wasserbau, Moltkestr. 153, 76187 Karlsruhe WE 141621; Bundesanstalt für Wasserbau, Kußmaulstr. 17, 76187 Karlsruhe WE 142796; Bundespolizei Gebäuden N, M, L, F und J (ehemalige Fliegerstaffel), Querallee 11, 76131 Karlsruhe WE 142796; Bundesgerichtshof mit den Gebäude A, B, C, E und W (ehemalige Fliegerstaffel), Querallee 11, 76131 Karlsruhe WE 144550; Bundesnetzagentur Ast Karlsruhe, Kanalweg 90 , 76149 Karlsruhe WE 145543; Generalbundesanwaltschaft, Brauerstraße 30, 76135 Karlsruhe WE 150007; Moltkestr. 70, 76133 Karlsruhe

### **2.1.2. Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Rastatt (DE124)  
Land: Deutschland  
Zusätzliche Informationen: WE 138884; Zoll FKS Rastatt, Kehlerstr. 49, 76437 Rastatt

### **2.1.4. Allgemeine Informationen**

Zusätzliche Informationen: Für die Ausführung des Auftrags gelten darüber hinaus besondere Bedingungen (Ausführungsbedingungen i. S. d. § 128 Abs. 2 GWB) wie folgt: a) WE 142796 Bundesgerichtshof, Querallee 11, 76131 Karlsruhe und WE 145543 Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof, Brauerstraße 30, 76135 Karlsruhe betreffend Im Rahmen dieser Leistungsbeschreibung ist ein Zutritt zu der Liegenschaft ohne Begleitung vorgesehen. Da diese Liegenschaft teilweise vom Bundesgerichtshof (BGH) genutzt wird, ergeben sich erhöhte Sicherheitsanforderungen an die Personen, die Zutritt zu dieser Liegenschaft ohne Begleitung benötigen. Deshalb erfordern Zutrittsberechtigungen für die AN und die von ihr mit der Ausführung der vereinbarten Leistungen auf dieser Liegenschaft betrauten Personen einschließlich der Objektleitung eine im Vorfeld

durchgeführte erfolgreiche Zuverlässigkeitsüberprüfung (ZVÜ). Ohne die ZVÜ bzw. bei Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des eingesetzten Personals kann eine Zusammenarbeit mit dem BGH nicht erfolgen; es wird insoweit keine Zutrittsberechtigung erteilt. Die AN hat daher unverzüglich nach Zuschlagserteilung, spätestens jedoch 14 Kalendertage nach Zuschlagserteilung, von allen auf der Liegenschaft zum Einsatz kommenden Personen jeweils einen vollständig ausgefüllten und unterzeichneten Antrag auf Durchführung einer Zuverlässigkeitsüberprüfung an die gem. Anlage A-04 Ausführungsbedingungen genannte Anschrift zu richten. Der Nutzer (BGH) veranlasst die ZVÜ durch das Landeskriminalamt Baden- Württemberg (Dauer zwischen mind. 2-6 Wochen) und informiert die /den betreffende /n Beschäftigte/n sowie (mit deren /dessen Zustimmung) die AN über das Ergebnis. Kosten für die ZVÜ fallen für die AN nicht an. Die ZVÜ muss alle 2 Jahre wiederholt werden. b) WE 142796 Bundespolizei Querallee 11 in 76131 Karlsruhe betreffend: Den Beschäftigten der Auftragnehmerin ist der Zutritt zu der Liegenschaft nur gegen Vorlage eines gültigen Personalausweises/Reisepasses gestattet. Bei Vorliegen der Voraussetzungen der § 1 Abs. 3, 23 Abs. 5 und 34 Abs. 1 Bundespolizeigesetz können Beschäftigte von Fremdfirmen polizeilich überprüft werden. Um eine rechtzeitige polizeiliche Überprüfung zu ermöglichen, hat die AN ihre Beschäftigten spätestens 2 Tage vor der Auftragsausführung bei der die Liegenschaft nutzende Bundespolizeidienststelle mit Vornamen, Namen und Geburtsdatum anzumelden. Die Bundespolizei kann Beschäftigte von Fremdfirmen, die sich nach Überprüfung als sicherheitsgefährdend für die Liegenschaft und die dort tätigen Bediensteten einstuft, vom Betreten der Liegenschaft ausschließen.

----- Das am 08.04.2022 veröffentlichte 5. EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat unmittelbare Auswirkungen auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen – z. T. auch außerhalb der EU-Vergaberichtlinien. Verboten sind demnach seit dem 09.04.2022 sowohl Auftragsvergaben an Unternehmen mit Bezug zu Russland im Sinne der EU-Richtlinie 833/2014 (Russland-Embargoverordnung) als auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises, soweit auf diese zugezogenen Unternehmen mehr als 10% des Auftragswertes entfallen. Um die Einhaltung dieser Vorgaben prüfen zu können, sind vom Bieter bei Ziffer II.4. der Anlage B-03 „Bieterauskunft Eignungskriterien“ Erklärungen abzugeben und diese zusammen mit den Angebotsunterlagen vor Ablauf der Angebotsfrist über die e-Vergabe-Plattform einzureichen.

----- Sie haben als Bieter zum Nachweis Ihrer Fachkunde und Leistungsfähigkeit sowie zum Beleg, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegen, Eigenerklärungen und etwaige Nachweise vorzulegen. Für die Eigenerklärungen ist grundsätzlich der als Anlage B-03 beigefügte Vordruck „Bieterauskunft Eignungskriterien“ zu verwenden. Sie können alternativ zur „Bieterauskunft Eignungskriterien“ nach § 50 Abs. 1 VgV die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) verwenden. Die Vergabestelle fordert die nicht mit der EEE eingereichten Unterlagen gem. § 50 Abs. 2 VgV nach. Liegen bei Ihrem Unternehmen Ausschlussgründe gemäß § 42 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV) i. V. m. §§ 123, 124 GWB vor, wird es nicht vom Verfahren ausgeschlossen, sofern Sie nachweisen, dass Sie zureichende Maßnahmen der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB ergriffen haben. Werden Eignungskriterien als Mindestanforderungen definiert, z. B. eine Eigenerklärung zu mindestens 3 vergleichbaren Referenzen, so führt der fehlende Nachweis zum Ausschluss aus dem Verfahren. Können Sie aus berechtigtem Grund geforderte Urkunden oder Bescheinigungen nicht beibringen, genügt die Vorlage anderer Dokumente, sofern sie ebenso geeignet sind, die Eignung des Bieters und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen zu belegen. Sollten Sie

kein inländischer Bieter sein, genügen gleichwertige Bescheinigungen des Herkunftslandes. Werden solche Bescheinigungen in dem betreffenden Land nicht ausgestellt, können sie durch eine Versicherung an Eides statt ersetzt werden. In Staaten, in denen es keine Versicherung an Eides statt gibt, kann diese durch eine förmliche Erklärung ersetzt werden. Nicht in deutscher Sprache verfassten Dokumenten ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen. Die Auftraggeberin holt im Rahmen von Stichproben Informationen bei einer Wirtschaftsauskunftei über Bieter ein, deren Angebot in Frage kommt. Sollten Informationen oder sonstige Merkmale vorliegen, die auf eine überdurchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Unternehmens hindeuten, wird die Auftraggeberin dem Bieter im Rahmen der Aufklärung Gelegenheit geben, die Angaben auf ihre sachliche Richtigkeit zu überprüfen und ggf. Einwände und Korrekturen darzulegen. Sie haben zum Nachweis, dass Sie die zur ordnungsgemäßen Ausführung des Auftrags von der Auftraggeberin festgelegten Eignungskriterien erfüllen, und zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen den ausgefüllten Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien" (Anlage B-03) zusammen mit dem Angebot einzureichen. Der Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen kann ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifizierungssystemen erbracht werden.

----- Anfragen zu den Vergabeunterlagen sind unter Verwendung des beigegefügt Formblatts „FB Frage-Antwort“ ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform ([www.evergabe-online.de](http://www.evergabe-online.de)) einzureichen. Anfragen, die auf anderem Weg übermittelt werden, können nicht berücksichtigt werden. Anfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis spätestens 27.03.2025 bei der e-Vergabe-Plattform eingehen. Die Auftraggeberin wird den Teilnehmern rechtzeitig angeforderte Auskünfte erteilen, soweit aus der Fragestellung die Relevanz für die Erstellung der Angebote ersichtlich ist. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt. Die Teilnehmer haben sich zudem selbstständig und regelmäßig über Änderungen der Vergabeunterlagen sowie die Beantwortung von Fragen durch die Vergabestelle zu informieren und diese im Rahmen ihrer Angebotserstellung zu berücksichtigen. Auf der e-Vergabe-Plattform registrierte Teilnehmer werden automatisch informiert. Eine Nichtberücksichtigung von Änderungen kann zum Ausschluss des Angebotes führen.

----- Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, deren Klärung für die Abgabe eines Angebots wesentlich sind, z. B., weil die Vergabeunterlagen unvollständig bzw. nicht für alle Bieter gleichermaßen verständlich sind, so hat der Bieter die Auftraggeberin unverzüglich und vor Ende der Angebotsfrist in Textform darauf hinzuweisen.

----- Ortsbesichtigung Für die Ermittlung des erforderlichen Einsatzes von Gerüsten, Hebebühnen o.a. wird daher dringend empfohlen die örtlichen Gegebenheiten zu besichtigen. Ortsbesichtigungen sind freiwillig und erfolgen nur nach Absprache. Besichtigungstermine sind vorab mit der für das Objekt zuständigen Ansprechperson zu vereinbaren (vgl. Anlage A-01 Bewerbungsbedingungen). Ortsbesichtigungen können nur nach Absprache im Zeitraum bis zum 24.03.2025 durchgeführt werden. Die Besichtigungstermine müssen bis spätestens bis zum 20.03.2025 vereinbart werden. Die Zuweisung eines Termins erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen. Nur von der Auftraggeberin bestätigte Termine werden durchgeführt. Die Vertreter des Teilnehmers müssen bei der Ortsbesichtigung ein gültiges amtliches Ausweisdokument mit sich führen. Fragen zu den Vergabeunterlagen werden im Termin zur Ortsbesichtigung nicht beantwortet.

----- Bei

technischen Fragen zur e Vergabe Plattform wenden Sie sich bitte an eVergabe HelpDesk:  
Telefon: +49 (0) 22899 - 610 - 1234, E-Mail: [ticket@bescha.bund.de](mailto:ticket@bescha.bund.de) Geschäftszeiten: Montag  
bis Donnerstag: 08:00 bis 16:00 Uhr, Freitag: 08:00 bis 14:00 Uhr.

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

**2.1.6. Ausschlussgründe**

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: 1) Zwingende und fakultative Ausschlussgründe gem. § 123 und § 124 GWB: Es wird auf die Anlage B-03 Ziffer 3 verwiesen. 2) Etwaiger Bezug des Bieters zu Russland: Es wird auf die Anlage B-03 Ziffer 4 verwiesen.

**5. Los**

---

**5.1. Los: LOT-0000**

Titel: Offenes Verfahren (EU-weit) zur Vergabe von Dienstleistungen Dachrinnenreinigung und Dachflächenreinigung für 15 Liegenschaften in Karlsruhe, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Direktion Freiburg

Beschreibung: a) Grundleistungen 1. Reinigung der Dachentwässerung - Reinigung der Dachrinnen - Reinigung der Fallrohre inkl. Laubfangsiebe, Fallrohrabläufe, Sinkkästen, Bodensiebe, Kehleinläufe und Dacheinläufe - Reinigung der Dachflächen 2. Inspektion der Dächer 3. Fachgerechte Entsorgung von Laub/Unrat b) Bedarfsleistungen 1. Austausch der Laubfangsiebe

-----  
Angaben zur Bebauung 1. WE 138014 Bei der Liegenschaft handelt es sich um ein ca. 2.200 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befindet sich ein Gebäude auf dem Gelände. Hinweis: Die WE 138014 teilt sich das insgesamt 5.709 m<sup>2</sup> große Grundstück mit zwei weiteren Gebäuden anderer Nutzungseinheiten, die nicht Vertragsgegenstand sind. 2. WE 138015 Bei der Liegenschaft handelt es sich um drei Gebäude auf dem Areal des Behördenzentrums „ehemalige Grenadierkaserne“/ Moltkestr. 60-84 in Karlsruhe: - Bürogebäude Moltkestr. 72: Landeskriminalamt/ GER - Funkwerkstatt Moltkestr. 72 a: Zollfahndungsamt - Garagengebäude Freydorfstr. 9/ Ecke Grenadierstraße 3. WE 138019 Bei der Liegenschaft handelt es sich um 4.233 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befindet sich zwei Gebäude auf dem Gelände. 4. WE 138023 Bei der Liegenschaft handelt es sich um 996 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befindet sich ein Gebäude auf dem Gelände. 5. WE 138024 Die Liegenschaft besteht aus zwei aneinander gebauten denkmalgeschützten Sandsteingebäuden und einem Garagengebäude auf einem umzäunten Grundstück in der Südstadt von Karlsruhe. 6. WE 138884 Bei der Liegenschaft handelt es sich um 6.400 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befinden sich zwei Gebäude auf dem Gelände. 7. WE 140891 Bei der Liegenschaft handelt es sich um 2.143 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befinden sich zwei Gebäude auf dem Gelände. 8. WE 141621 Bei der Liegenschaft handelt es sich um 53.094 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befinden sich 20 Gebäude auf dem Gelände. 9. WE 142796 Auf der Liegenschaft befinden sich zwei voneinander unabhängige Nutzer: Zum einen der Bundesgerichtshof und zum anderen die Bundespolizei. 10. WE 144550 Bei der Liegenschaft handelt es sich um ein ca. 3.150 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befinden sich zwei Gebäude auf dem Gelände; ein Bürogebäude und eine Fahrzeughalle. 11. WE 145543 Auf der Liegenschaft befindet sich die Generalbundesanwaltschaft mit einem Hauptgebäude, einem Mauergebäude und einer Tiefgarage im Untergeschoss. 12. WE 150007 Die Liegenschaft des ehemaligen

Zollfahndungsamtes in Karlsruhe wurde in den 1890er Jahren erbaut und hat eine Netto-Grundfläche von insgesamt 3.986 m<sup>2</sup>. Bei der Liegenschaft handelt es sich um 1.797 m<sup>2</sup> großes Gelände. Es befindet sich ein Gebäude auf dem Gelände.

Interne Kennung: VOEK 417-24 Los 1

#### **5.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 90910000 Reinigungsdienste

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45261320 Dachrinnenarbeiten

##### **Optionen:**

Beschreibung der Optionen: Die Laufzeit dieses Vertrages verlängert sich einmalig um 2 Jahre, sofern die Auftraggeberin der Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht mit einer Frist von sechs Monaten vor Ablauf der Vertragslaufzeit in Textform widerspricht. Die Widerspruchsfrist für die Auftragnehmerin beträgt neun Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit. Der Widerspruch muss in Textform erfolgen. Maßgeblich für die Fristwahrung ist der Zugang des Widerspruchs bei der anderen Seite. Der Vertrag endet spätestens zum 30.09.2031 ohne dass es einer Kündigung bedarf.

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: WE 138014; ITZ Bund Karlsruhe, Moltkestraße 152, 76187 Karlsruhe WE 138015; Bürogebäude Landeskriminalamt/ GER, Moltkestr. 72, 76133 Karlsruhe WE 138015; Funkwerkstatt, Moltkestr. 72 a, 76133 Karlsruhe WE 138015; Garangengebäude, Freydorfstr. 9, 76133 Karlsruhe WE 138019; BImA NSt. Karlsruhe, Tennesseeallee 2 – 4 , 76149 Karlsruhe WE 138023; Bundesanstalt für Wasserbau, Moltkestr. 150, 76187 Karlsruhe WE 138024; Bürogebäude Alt- u. Neubau und Garage, Ruppurer Str. 3 + 3a , 76137 Karlsruhe WE 140891; Bundesanstalt für Wasserbau, Moltkestr. 153, 76187 Karlsruhe WE 141621; Bundesanstalt für Wasserbau, Kußmaulstr. 17, 76187 Karlsruhe WE 142796; Bundespolizei Gebäuden N, M, L, F und J (ehemalige Fliegerstaffel), Querallee 11, 76131 Karlsruhe WE 142796; Bundesgerichtshof mit den Gebäude A, B, C, E und W (ehemalige Fliegerstaffel), Querallee 11, 76131 Karlsruhe WE 144550; Bundesnetzagentur Ast Karlsruhe, Kanalweg 90 , 76149 Karlsruhe WE 145543; Generalbundesanwaltschaft, Brauerstraße 30, 76135 Karlsruhe WE150007; Moltkestr. 70, 76133 Karlsruhe

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Land, Gliederung (NUTS): Rastatt (DE124)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: WE 138884; Zoll FKS Rastatt, Kehlerstr. 49, 76437 Rastatt

#### **5.1.3. Geschätzte Dauer**

Datum des Beginns: 01/10/2025

Enddatum der Laufzeit: 30/09/2029

#### **5.1.4. Verlängerung**

Maximale Verlängerungen: 1

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

##### **Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabe projekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja  
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme# Für die Ausführung des Auftrags gelten darüber hinaus besondere Bedingungen (Ausführungsbedingungen i. S. d. § 128 Abs. 2 GWB) wie folgt: a) WE 142796 Bundesgerichtshof, Querallee 11, 76131 Karlsruhe und WE 145543 Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof, Brauerstraße 30, 76135 Karlsruhe betreffend Im Rahmen dieser Leistungsbeschreibung ist ein Zutritt zu der Liegenschaft ohne Begleitung vorgesehen. Da diese Liegenschaft teilweise vom Bundesgerichtshof (BGH) genutzt wird, ergeben sich erhöhte Sicherheitsanforderungen an die Personen, die Zutritt zu dieser Liegenschaft ohne Begleitung benötigen. Deshalb erfordern Zutrittsberechtigungen für die AN und die von ihr mit der Ausführung der vereinbarten Leistungen auf dieser Liegenschaft betrauten Personen einschließlich der Objektleitung eine im Vorfeld durchgeführte erfolgreiche Zuverlässigkeitsüberprüfung (ZVÜ). Ohne die ZVÜ bzw. bei Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des eingesetzten Personals kann eine Zusammenarbeit mit dem BGH nicht erfolgen; es wird insoweit keine Zutrittsberechtigung erteilt. Die AN hat daher unverzüglich nach Zuschlagserteilung, spätestens jedoch 14 Kalendertage nach Zuschlagserteilung, von allen auf der Liegenschaft zum Einsatz kommenden Personen jeweils einen vollständig ausgefüllten und unterzeichneten Antrag auf Durchführung einer Zuverlässigkeitsüberprüfung an die gem. Anlage A-04 Ausführungsbedingungen genannte Anschrift zu richten. Der Nutzer (BGH) veranlasst die ZVÜ durch das Landeskriminalamt Baden- Württemberg (Dauer zwischen mind. 2-6 Wochen) und informiert die /den betreffende /n Beschäftigte/n sowie (mit deren /dessen Zustimmung) die AN über das Ergebnis. Kosten für die ZVÜ fallen für die AN nicht an. Die ZVÜ muss alle 2 Jahre wiederholt werden. b) WE 142796 Bundespolizei Querallee 11 in 76131 Karlsruhe betreffend: Den Beschäftigten der Auftragnehmerin ist der Zutritt zu der Liegenschaft nur gegen Vorlage eines gültigen Personalausweises/Reisepasses gestattet. Bei Vorliegen der Voraussetzungen der § 1 Abs. 3, 23 Abs. 5 und 34 Abs. 1 Bundespolizeigesetz können Beschäftigte von Fremdfirmen polizeilich überprüft werden. Um eine rechtzeitige polizeiliche Überprüfung zu ermöglichen, hat die AN ihre Beschäftigten spätestens 2 Tage vor der Auftragsausführung bei der die Liegenschaft nutzende Bundespolizeidienststelle mit Vornamen, Namen und Geburtsdatum anzumelden. Die Bundespolizei kann Beschäftigte von Fremdfirmen, die sich nach Überprüfung als sicherheitsgefährdend für die Liegenschaft und die dort tätigen Bediensteten einstuft, vom Betreten der Liegenschaft ausschließen.

----- Das am 08.04.2022 veröffentlichte 5. EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat unmittelbare Auswirkungen auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen – z. T. auch außerhalb der EU-Vergaberichtlinien. Verboten sind demnach seit dem 09.04.2022 sowohl Auftragsvergaben an Unternehmen mit Bezug zu Russland im Sinne der EU-Richtlinie 833/2014 (Russland-Embargoverordnung) als auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises, soweit auf diese zugezogenen Unternehmen mehr als 10% des Auftragswertes entfallen. Um die Einhaltung dieser Vorgaben prüfen zu können, sind vom Bieter bei Ziffer II.4. der Anlage B-03 „Bieterauskunft Eignungskriterien“ Erklärungen abzugeben und diese zusammen mit den Angebotsunterlagen vor Ablauf der Angebotsfrist über die e-Vergabe-Plattform einzureichen.

----- Sie haben als Bieter zum Nachweis Ihrer Fachkunde und Leistungsfähigkeit sowie zum Beleg, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorliegen, Eigenerklärungen und etwaige Nachweise vorzulegen. Für die Eigenerklärungen ist grundsätzlich der als Anlage B-03 beigefügte

Vordruck „Bieterauskunft Eignungskriterien“ zu verwenden. Sie können alternativ zur „Bieterauskunft Eignungskriterien“ nach § 50 Abs. 1 VgV die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) verwenden. Die Vergabestelle fordert die nicht mit der EEE eingereichten Unterlagen gem. § 50 Abs. 2 VgV nach. Liegen bei Ihrem Unternehmen Ausschlussgründe gemäß § 42 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV) i. V. m. §§ 123, 124 GWB vor, wird es nicht vom Verfahren ausgeschlossen, sofern Sie nachweisen, dass Sie zureichende Maßnahmen der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB ergriffen haben. Werden Eignungskriterien als Mindestanforderungen definiert, z. B. eine Eigenerklärung zu mindestens 3 vergleichbaren Referenzen, so führt der fehlende Nachweis zum Ausschluss aus dem Verfahren. Können Sie aus berechtigtem Grund geforderte Urkunden oder Bescheinigungen nicht beibringen, genügt die Vorlage anderer Dokumente, sofern sie ebenso geeignet sind, die Eignung des Bieters und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen zu belegen. Sollten Sie kein inländischer Bieter sein, genügen gleichwertige Bescheinigungen des Herkunftslandes. Werden solche Bescheinigungen in dem betreffenden Land nicht ausgestellt, können sie durch eine Versicherung an Eides statt ersetzt werden. In Staaten, in denen es keine Versicherung an Eides statt gibt, kann diese durch eine förmliche Erklärung ersetzt werden. Nicht in deutscher Sprache verfassten Dokumenten ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen. Die Auftraggeberin holt im Rahmen von Stichproben Informationen bei einer Wirtschaftsauskunftei über Bieter ein, deren Angebot in Frage kommt. Sollten Informationen oder sonstige Merkmale vorliegen, die auf eine überdurchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Unternehmens hindeuten, wird die Auftraggeberin dem Bieter im Rahmen der Aufklärung Gelegenheit geben, die Angaben auf ihre sachliche Richtigkeit zu überprüfen und ggf. Einwände und Korrekturen darzulegen. Sie haben zum Nachweis, dass Sie die zur ordnungsgemäßen Ausführung des Auftrags von der Auftraggeberin festgelegten Eignungskriterien erfüllen, und zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen den ausgefüllten Vordruck "Bieterauskunft Eignungskriterien" (Anlage B-03) zusammen mit dem Angebot einzureichen. Der Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen kann ganz oder teilweise durch die Teilnahme an Präqualifizierungssystemen erbracht werden.

----- Anfragen zu den Vergabeunterlagen sind unter Verwendung des beigefügten Formblatts „FB Frage-Antwort“ ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform ([www.evergabe-online.de](http://www.evergabe-online.de)) einzureichen. Anfragen, die auf anderem Weg übermittelt werden, können nicht berücksichtigt werden. Anfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis spätestens 27.03.2025 bei der e-Vergabe-Plattform eingehen. Die Auftraggeberin wird den Teilnehmern rechtzeitig angeforderte Auskünfte erteilen, soweit aus der Fragestellung die Relevanz für die Erstellung der Angebote ersichtlich ist. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt. Die Teilnehmer haben sich zudem selbstständig und regelmäßig über Änderungen der Vergabeunterlagen sowie die Beantwortung von Fragen durch die Vergabestelle zu informieren und diese im Rahmen ihrer Angebotserstellung zu berücksichtigen. Auf der e-Vergabe-Plattform registrierte Teilnehmer werden automatisch informiert. Eine Nichtberücksichtigung von Änderungen kann zum Ausschluss des Angebotes führen.

----- Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, deren Klärung für die Abgabe eines Angebots wesentlich sind, z. B., weil die Vergabeunterlagen unvollständig bzw. nicht für alle Bieter gleichermaßen verständlich sind, so hat der Bieter die Auftraggeberin unverzüglich und vor Ende der Angebotsfrist in Textform darauf hinzuweisen.

----- Ortsbesichtigung Für die Ermittlung des erforderlichen Einsatzes von Gerüsten, Hebebühnen o.a. wird daher dringend empfohlen die örtlichen Gegebenheiten zu besichtigen.

Ortsbesichtigungen sind freiwillig und erfolgen nur nach Absprache. Besichtigungstermine sind vorab mit der für das Objekt zuständigen Ansprechperson zu vereinbaren (vgl. Anlage A-01 Bewerbungsbedingungen). Ortsbesichtigungen können nur nach Absprache im Zeitraum bis zum 24.03.2025 durchgeführt werden. Die Besichtigungstermine müssen bis spätestens bis zum 20.03.2025 vereinbart werden. Die Zuweisung eines Termins erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen. Nur von der Auftraggeberin bestätigte Termine werden durchgeführt. Die Vertreter des Teilnehmers müssen bei der Ortsbesichtigung ein gültiges amtliches Ausweisdokument mit sich führen. Fragen zu den Vergabeunterlagen werden im Termin zur Ortsbesichtigung nicht beantwortet.

----- Bei  
technischen Fragen zur e Vergabe Plattform wenden Sie sich bitte an eVergabe HelpDesk:  
Telefon: +49 (0) 22899 - 610 - 1234, E-Mail: [ticket@bescha.bund.de](mailto:ticket@bescha.bund.de) Geschäftszeiten: Montag bis Donnerstag: 08:00 bis 16:00 Uhr, Freitag: 08:00 bis 14:00 Uhr.

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: s. Anlage B-03 zum Angebotsaufforderungsschreiben (Bieterauskunft, Eignungskriterien) - Ziffer 6: Eigenerklärung zur bestehenden Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung - Ziffer 7: Angaben zu Umsätzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 6. Eigenerklärung zur bestehenden Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung Geforderte Deckungssummen (pro Versicherungsjahr mindestens zweifach maximiert): Personenschäden: mindestens 2,0 Mio. € (pro Schadensfall) Sachschäden: mindestens 2,0 Mio. € (pro Schadensfall) Vermögensschäden: mindestens 200.000 € (pro Schadensfall) Umweltschaden: mindestens 200.000 € (pro Schadensfall) - Ich erkläre, dass die Höhe der geforderten Deckungssummen für die jeweiligen Schadensereignisse derzeit schon erreicht wird. - Sofern die Höhe der Deckungssummen für die jeweiligen Schadensereignisse derzeit nicht ausreicht, werde ich unmittelbar nach Zuschlagserteilung die entsprechende Anpassung der Versicherungsdeckungssummen der Betriebs-/ Berufshaftpflichtversicherung für die Dauer der Verträge vornehmen. 7. Angaben zu Umsätzen Hinweis: Bei Bietergemeinschaften reicht es aus, wenn die Umsatzangaben für die gesamte Bietergemeinschaft nur einmalig im Vordruck des bevollmächtigten Mitglieds gemacht werden. Angaben zum Gesamtumsatz des Unternehmens (netto) sowie zum Umsatz (netto) bezüglich der ausgeschriebenen Leistungsart Dachrinnenreinigung und Dachflächenreinigung, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Jahre.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: s. Anlage B-03 zum Angebotsaufforderungsschreiben (Bieterauskunft, Eignungskriterien) - Ziffer 8: Eigenerklärung über die Leistungserbringung - Ziffer 9: Leistungsbezogene Angaben zum Unternehmen - Ziffer 10: Angaben zu Referenzen  
Beschreibung des Auswahlkriteriums: 8. Eigenerklärung über die Leistungserbringung - Ich erkläre, dass mein Unternehmen spätestens bei Leistungsbeginn ausreichend qualifiziertes Personal zur Erfüllung der ausgeschriebenen Leistung beschäftigt. - Dem Unternehmen stehen spätestens bei Leistungsbeginn auch die notwendigen Maschinen, Werkzeuge und Materialien zur Verfügung, um die ausgeschriebene Leistung sachgerecht und unter Einhaltung notwendiger Sicherheitsbestimmungen auszuführen. 9. Leistungsbezogene

Angaben zum Unternehmen - Seit wann ist das Unternehmen in der ausgeschriebenen Leistungsart tätig? - Beschäftigtenzahl des gesamten Unternehmens: - Anzahl der Beschäftigten, bezogen auf die ausgeschriebene Leistungsart: - Anzahl der geringfügig Beschäftigten, bezogen auf die ausgeschriebene Leistungsart: 10. Angaben zu Referenzen Benennung von mindestens 3 vergleichbaren Referenzen von mindestens zwei verschiedenen Referenzgebern aus dem Zeitraum der letzten drei Jahre. Vergleichbar sind Referenzen, deren Gegenstand dem Ausschreibungsgegenstand zumindest nahekommt. Die Referenzen müssen im technischen oder organisatorischen Bereich einen gleich hohen oder höheren Schwierigkeitsgrad aufweisen und einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bieters für die ausgeschriebene Leistung ermöglichen. Eine der Referenzen sollte mindestens 75 % des ausgeschriebenen Leistungsvolumens erreichen. Die beiden anderen Referenzen sollten jeweils mindestens 50 % des ausgeschriebenen Leistungsvolumens erreichen. Bei Unterschreiten dieser Werte wird der Bieter aufgefordert, die Vergleichbarkeit der Referenzen zu erläutern. Hinweise: Bei Bietergemeinschaften reicht es aus, wenn die Referenzangaben für die gesamte Bietergemeinschaft nur einmalig im Vordruck des bevollmächtigten Mitglieds gemacht werden. Der Bieter ist verpflichtet, die als Referenzgeber genannten Ansprechpersonen vor Angebotsabgabe auf die Datenschutzerklärung der Auftraggeberin unter <http://www.bundesimmobilien.de/datenschutz> hinzuweisen. Die Referenzen werden überprüft. Der Bieter hat sicherzustellen, dass die Angaben korrekt sind und eine zuständige Person für die Vertragsabwicklung benannt ist, die die Leistung beurteilen kann. Nachfolgende Angaben zu den Referenzen sind zu machen: - Name des Auftraggebers - Art des Referenzobjektes (Gewerbe-, Verwaltungs-, Wohn-, Industrieobjekt, u. a.), - Ausführungsort (Anschrift des Referenzobjektes), - jährlicher Leistungsumfang (in € netto), - Leistungszeitraum, - Leistungsart, - Ansprechperson beim tatsächlichen Leistungsempfänger (nicht Auftraggeber im Unterauftragnehmerverhältnis) inkl. Name, Telefon-Nr. und E-Mail-Adresse.

#### **5.1.10. Zuschlagskriterien**

##### **Kriterium:**

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Zuschlagskriterien werden im Einzelnen wie folgt ermittelt und gewichtet: Preis 100 %. Als Wertungspreis wird die Summe der jährlichen Gesamtnettopreise einschließlich aller Preise für die Bedarfsleistungen laut Preisblatt gewertet. Bei Gleichwertigkeit mehrerer Angebote behält sich die Auftraggeberin die Vergabe per Losentscheid vor.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

#### **5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/03/2025

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=753490>

#### **5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

##### **Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=753490>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 10/04/2025 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 112 Tage

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung, Vervollständigung oder Korrektur von Unterlagen, Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und Nachweisen richtet sich nach dem § 56 VgV. Hierbei setzt die Auftraggeberin eine angemessene Frist und übt ihr Ermessen unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes aus. Einen Anspruch auf Nachforderung haben die Bieter nicht.

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

**5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Es gelten die Regelungen der §§ 155 ff. GWB.

Insbesondere ist § 160 Abs. 3 GWB zu beachten: Verstöße gegen das Vergaberecht, die aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen hervorgehen, müssen bis zum Ablauf der Angebotsfrist gerügt werden. Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens muss innerhalb einer Frist von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, eingereicht werden (vgl. § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB).

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

---

## 8. Organisationen

**8.1. ORG-0000**

Offizielle Bezeichnung: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Registrierungsnummer: 0204: 991-80032-33

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Verdingungsstelle

E-Mail: [verdingung@bundesimmobilien.de](mailto:verdingung@bundesimmobilien.de)

Telefon: 000

Internetadresse: <https://www.bundesimmobilien.de>

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

**8.1. ORG-0001**

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: t:022894990

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Str. 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)

Telefon: +49 228 9499-0

Fax: 0228 9499-163

Internetadresse: <https://www.bundeskartellamt.de>

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

**8.1. ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: c7740ab8-73f1-40a3-aa8f-95a60c592687 - 04

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 25/02/2025 00:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 130430-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 41/2025

Datum der Veröffentlichung: 27/02/2025